

Oberkirch, 8. März 2013

Brief aus Bern – Willisauer Bote 19. Februar 2013

Die grosse Überraschung

Letzten Herbst wurde ich von einer positiven Antwort des Bundesrates überrascht. Er hat nämlich mein Postulat zur Beruflichen Vorsorge (BVG) gutgeheissen und empfiehlt dem Parlament, dieses anzunehmen. In der Dezember-Session folgte das Parlament dieser Empfehlung und überwies dieses Postulat. Viele Ratskolleginnen und Ratskollegen hatten mir im Vorfeld vorausgesagt, dass dieses Postulat bestimmt abgelehnt würde. Es seien schon einige mit ähnlicher Stossrichtung abgelehnt worden. Im Postulat verlangte ich eine neue Staffelung des Sparanteils im BVG. Daraus würde resultieren, dass sich die BVG-Beiträge von älteren Arbeitnehmern nicht mehr so gross von denjenigen von Jüngeren unterscheiden würden und es daher für die älteren Arbeitnehmer leichter sein würde, eine neue Anstellung zu finden.

Grundsätzlich interessiert mich das BVG sehr und ich möchte noch mehr bewegen können. Der Bundesrat wird bald eine Revision anpacken und es ist wichtig, dass diese nicht wieder vom Volk abgelehnt wird. BVG-Reformen haben nämlich im Volk einen schwierigen Stand. Keiner will Leistungskürzungen oder ein höheres Rentenalter. Da ist man ganz egoistisch. Das Rentenalter kennt man seit 1889. Deutschland hatte damals ein Rentenalter von 70 Jahren eingeführt. Die durchschnittliche Lebenserwartung für Männer lag allerdings nur bei 36 Jahren und für Frauen bei 38 Jahren. Dieses Rentenalter wurde 1916 auf 65 Jahre herabgesetzt und gilt seitdem als Standard, auch in der Schweiz. Da die durchschnittliche Lebenserwartung inzwischen für Männer auf 78 Jahre und für Frauen auf 83 Jahre angestiegen ist, sollte eigentlich jedem klar sein, dass da etwas nicht mehr stimmen kann. Es gilt, noch einmal über die Flexibilisierung des Rentenalters nachzudenken. Eine neue Optimierung wäre die automatische Verknüpfung von Rentenalter und Rentenhöhe mit der Lebenserwartung. Das würde bedeuten, dass die Rentenhöhe automatisch angeglichen würde. Zusätzlich müssten wir nachdenken über den Umwandlungssatz und über den Beginn der Sparpflicht. Es gibt auch noch einige technische Parameter, die man verbessern kann.

Somit wissen wir, dass das BVG früher oder später verändert werden muss. Wir dürfen mit der Revision des BVG nicht mehr länger warten. Wir sollten aus der Stärke heraus handeln und nicht erst, wenn sich die Pensionskassen in Schieflage befinden. Handeln wir jetzt und vermeiden wir Feuerwehrrübungen wie bei der AHV und der IV.

In der Finanzkommission haben wir zum Thema „Olympische Winterspiele 2022“ im Kanton Graubünden zu Händen der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) einen Mitbericht verfasst. Es ist üblich, dass grosse Geschäfte, die finanzpolitische Auswirkungen haben, auch noch von der Finanzkommission beurteilt werden. Die Knacknuss für die „Olympischen Winterspiele 2022“ ist natürlich die Finanzierung. Gemäss dem Bericht des Bundesrates und dem Budget kosten diese Spiele über 2,8 Milliarden Franken und der Bund soll für diese Spiele 1



Milliarde Franken zusichern. Wahrlich ein stolzer Betrag. Meine Meinung zu diesem Geschäft ist zweigeteilt. Einerseits finde ich, dass auch die Schweiz einmal einen grossen Wurf wagen und einen Grossanlass wie die Olympischen Spiele durchführen soll. Imagemässig würden wir sicher gewinnen. Auf der anderen Seite ist es eine Tatsache, dass viel Geld nur einer einzigen Region zu Gute kommen wird. Daher bin ich der Ansicht, dass sich das Olympia-Komitee überlegen muss, die Spiele nicht nur in Graubünden auszurichten, sondern auch auf vorhandene Infrastrukturen zurückzugreifen. Beispielsweise will das Komitee eine neue Schanze in St. Moritz bauen, dabei hat Engelberg eine, die durchaus auch in Frage kommen könnte. Im Bericht des Bundesrates ist zudem mit keinem Wort erwähnt, wer ein allfälliges Defizit übernehmen wird. Soll das der Bund sein, wird es Graubünden übernehmen? Grundsätzlich lässt der Bericht des Bundesrates zu viele Fragen offen und daher wurde der Mitbericht der Finanzkommission sehr kritisch abgefasst. Finanziell sind Olympische Spiele nämlich nicht sehr interessant, das haben die letzten Spiele gezeigt. Zuviel Geld muss dem IOC (Internationale Olympische Komitee) abgeliefert werden, zu wenig kann man selber behalten. Ich bin gespannt auf die weiteren Diskussionen.

Kontakte:

Albert Vitali, Nationalrat, 079 340 74 65, 041 921 89 75
Susan Widmer-Picenoni, Assistentin, 079 762 11 92